

Weltweite Armutsbekämpfung haben sich die Vereinten Nationen zur Jahrtausendwende vorgenommen. Doch die Staatengemeinschaft hinkt den selbst gesteckten

„Millenniumszielen“ hinterher. Wenn Deutschland seine Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des Inlandsprodukts erhöht, könnte dies ein wichtiges Zeichen sein.

HINTERGRUND

Gegen die Not der Welt

VON PIERRE SIMONITSCH (GENÈVE)

In den frühen 60er Jahren, nach dem Ende der Kolonialherrschaft, belieferten die afrikanischen Staaten andere Kontinente mit ihrem Nahrungsmittelüberschuss. Heute muss Afrika ein Drittel seines Getreidebedarfs importieren. Mehr als 40 Prozent der Bevölkerung Afrikaner gehen jeden Abend hungrig zu Bett.

Die klassische Entwicklungshilfe hat nicht die erwünschten Ergebnisse gezeitigt. Das Geld versickerte in Prestigeobjekten oder in den Taschen örtlicher Potentaten und bescherte vorwiegend Firmen aus den Industriestaaten satten Gewinne. Nach den Zahlen der UN müssen weltweit mehr als eine Milliarde Menschen mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen; weitere 2,7 Milliarden mit höchstens zwei Dollar.

Die Misere lässt sich aber nicht allein am Einkommen messen. Armut bedeutet auch, mehrere Stunden täglich auf dem Weg um Wasser zu sein, keine Schulbildung zu genießen und an Krankheiten zu sterben, die in den entwickelten Weltgegenden längst ausgerottet sind. Jedes Jahr sterben sechs Millionen Kinder vor ihrem fünften Geburtstag an Unterernährung.

Beim Millenniumsgipfel 2000 gelobten die Staats- und Regierungschefs der 191 UN-Mitglieder feierlich, bis 2015 die Zahl der Armen in der ganzen Welt zu halbieren. Fünf Jahre nach dem Gipfel ist die Bilanz ernüchternd. Beim jetzigen Tempo wird der Kampf gegen die Armut nie zu gewinnen sein.

Mitte Januar hat UN-Generalsekretär Kofi Annan unter dem Titel „In die Entwicklung investieren“ weitere Vorschläge unterbreitet. 265 Fachleute arbeiteten an dem Projekt, das mindestens einer Milliarde Menschen in den ärmsten Ländern im Verlauf des kommenden Jahrzehnts ein besseres Leben beschern soll. Das Projekt versucht einige originelle Wege zu gehen. So sollen die Geberstaaten von Entwicklungshilfe ein gutes Dutzend arme Länder auf eine Überholspur („fast-track“) setzen – Länder nämlich, die unter Beweis gestellt haben, dass sie gut regiert werden und die Fähigkeit besitzen, größere Investitionen zum Wohl der gesamten Bevölkerung zu absorbieren. Diese Länder sollen mit höherer Entwicklungshilfe belohnt werden.

Ein anderer Vorschlag läuft auf Vereinbarungen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern über gemeinsame „Quick Win Actions“ hinaus – Einsätze, die schnelle Gewinne versprechen: Kostenlose Schulmahlzeiten für Kinder in Slums, Düngemittel für Kleinbauern oder Mückennetze und Anti-Malaria-Medikamente für Kinder in malarieverseuchten Gegenden.

Das bereits vor drei Jahrzehnten von den UN abgesetzte Ziel, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Industriestaaten für öffentliche Entwicklungshilfe aufzuwenden, wurde bisher bloß von einigen nordeuropäischen Ländern verwirklicht. Nach den Millenniumszielen soll diese Marke jetzt spätestens 2015 von allen Staaten erreicht werden.

Doch der Botschafter der Vereinigten Staaten bei den UN, Sighan Siv, nannte eine solche Verpflichtung am Dienstag eine „Hilfefalle“ für die Entwicklungsländer. Nur durch private Investitionen und Handel könnten sie der Misere entkommen.

GASTBEITRAG

Deutschland ist der Schlüsselstein im Mosaik

Die deutsche Zusage, bis 2014 für Entwicklungshilfe 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auszugeben, ist entscheidend für die Armutsbekämpfung weltweit. Andere Industrieländer werden nachziehen.

VON GUIDO SCHMIDT-TRAUB

Der vom deutschen Botschafter Gunter Pleuger in der Generalversammlung der Vereinten Nationen angekündigte Stufenplan zur Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis 2014 zeugt von Weitsicht der Bundesregierung.

In den Augen der Weltöffentlichkeit reißt sich Deutschland damit in die rasch wachsende Zahl der Staaten ein, die das 1970 beschlossene und seitdem mehrfach bestätigte Ziel, 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung reicher Länder der Entwicklungshilfe zu widmen, vor 2015 erreichen werden.

Afrika erfüllt sein Plansoll nicht

Die Ziele der Armutsbekämpfung und Gesundheitsversorgung sind in weite Ferne gerückt, auch wenn manche Länder Fortschritte machen

VON CHRISTOPH LINK (NAIROBI)

Alle Kinder dieser Welt werden im Jahr 2015 eine Grundschule besuchen: Das ist eines der von den UN gesetzten Millenniumsziele und es ist weit von der Wirklichkeit entfernt. In Kriegsländern Afrikas wie der Demokratischen Republik Kongo oder Sudan geht nur ein Bruchteil der Kinder zur Schule. Ebenso im anarchischen Somalia, wo es gerade einmal zehn Prozent eines Jahrgangs sind – das ist selbst für Afrika ein Negativ-Rekord. Doch auch das ist nur die halbe Wahrheit.

„Wenn wir kein Mittagessen anbieten, kommt hier auch keiner zur Schule“, sagt der Leiter einer katholischen Grundschule in Nairobi, die am Slum Korogocho gelegen ist. Mit leerem Bauch ist an Lernen nicht zu denken. Gerade im Norden Kenias müssen viele Kinder lange Anmärsche zur Schule in Kauf nehmen, das Welternährungsprogramm bietet eine Schulspeisung an. Dennoch schicken im muslimisch geprägten Nordkenia manche Eltern nur die Jungen in die Schule; die Mädchen sitzen zu Hause und klopfen Wildfrüchte auf flachen Steinen weich, damit die Familie zu essen hat.

Gleichberechtigung der Mädchen, Einschulungsraten, Armutsbekämpfung – überall, so eine kenianische Sprecherin von Unicef in Nairobi, die ihren Namen nicht gedruckt sehen möchte, „hinkt Kenia den Millenniumszielen hinterher“. In einem jüngsten Report stellt das Kinderhilfswerk der UN dem ostafrikanischen Land fast nur mangelhafte Noten aus: Immer weniger Menschen haben Zugang zu sauberem Wasser, die Ernährungslage für Kinder ist schlechter geworden und ein früherer Trend zu einem Rückgang der Kinder- und Müttersterblichkeit hat sich ins Gegenteil gewendet: Die Todesraten steigen wieder.

Statistisch gesehen sterben in Kenia bei 100.000 Lebendgeburten 650 Mütter. Von 1000 Kindern erreichen 123 nicht das fünfte Lebensjahr. Kenias Regierung von Mwai Kibaki war vor zwei Jahren mit Reformversprechen angetreten, und die Befreiung von Schulgebühren brachte zeitweilig eine Erhöhung der Einschulungsquote um 22 Prozent. Aber Kibaki wollte auch eine Krankenversicherung für alle und jährlich 500.000 Jobs schaffen. Umgesetzt wurde das nicht. Die Wirtschaft ist einerseits gelähmt von Staatseinfluss in Schlüsselbetrieben und genießt andererseits in einigen Branchen ungezügelter Freihandel. Kibaki sei ein „Präsident der Reichen“, zürnen Kenias Medien.

Vorbild Ghana

Als leuchtendes Beispiel gilt UN-Beobachtern hingegen das westafrikanische Ghana. Auch wenn der ehemalige Präsident Jerry



Bei der Bekämpfung der Armut kommt Kenia nicht voran: Kinder in einem Slum bei Nairobi.

Rawlings die Korruption anprangert, so bescheinigt Unicef Ghana immerhin eine gute Teilnahme an Gesundheitsprogrammen und den „ständigen Rückgang der Mütter- und Kindersterblichkeit“. In den Städten Accra und Kumasi in Ghana ist seit Jahren ein leichter Wirtschaftsboom zu verzeichnen, langsam wächst das Pro-Kopf-Einkommen, auch wenn es im globalen Vergleich immer noch minimal ist.

Ghana erfreut sich seit vier Jahren, nach dem demokratischen Wechsel von Rawlings zu John Kufuor, der politischen Stabilität. Die lockt Investoren an. Aber auch heute noch sind Rohstoffe wie Gold und Kakao die Hauptexportprodukte des Landes, sie sind anfällig für Preisschwankungen. Erst seit kurzem investieren die Ghanaer in die Nahrungsmittelindustrie. So hat ein Früch-

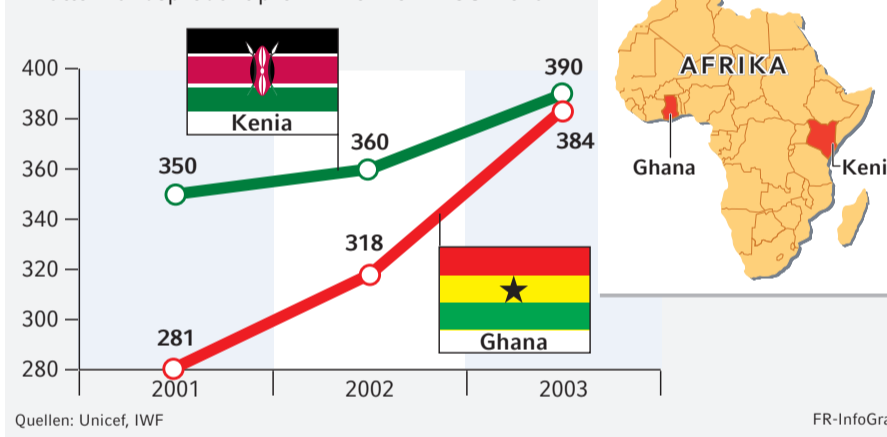
teverarbeiter, die „Blue Skies Fruit“, in einem Vorort Accras eröffnet und 800 Leute eingestellt, die Früchte für den Export nach Europa verarbeiten und verpacken. Eine Arbeiterin verdient dort mehr als ein Lehrer im Staatsdienst.

Pessimistische Vorhersage

Nicht alle Perspektiven sind düster für Afrika. So meldete der Internationale Weltwährungsfonds kürzlich, dass 20 der 53 afrikanischen Staaten im vorigen Jahr ein Rekordwachstum von fünf Prozent hatten. Dennoch: Eine Weltbank-Analyse geht davon aus, dass die Zahl der Armen in Afrika steigen und nicht sinken wird. Waren es 2001 hier 313 Millionen Menschen, die von weniger als einem Dollar am Tage lebten, sollen es 2015 schon 340 Millionen sein.

Wachstum in Kenia und Ghana

Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner in US-Dollar



Selbstverpflichtung mit Fragezeichen

Die Finanzierung der deutschen Zielvorgaben in Sachen Entwicklungshilfe ist noch keineswegs geklärt / Lösung bis zum G8-Gipfel im Juli angestrebt

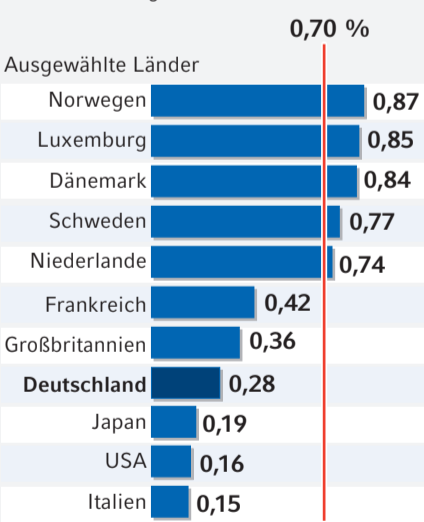
VON VERA GASEROW (BERLIN)

Der Kanzler wird wohl keine Zeit haben. Auch sein Finanzminister dürfte kaum dabei sein, wenn die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung Ende April zur Diskussion lädt. Und so wird das dicke Fragezeichen bleiben, das die Veranstalter hinter das Motto des Abends gesetzt haben: „Renaissance der Entwicklungspolitik?“

Dabei könnten derzeit am ehesten Hans Eichel und sein Chef, Gerhard Schröder, Antwort auf die Frage geben: Wie engagiert arbeitet die Bundesregierung an der Hausaufgabe, das UN-Millenniumsziel zu erfüllen, das sich um eine kleine Sieben hinter dem Komma rankt, die aber im Bundeshaushalt mit einem stattlichen Entwicklungshilfeposten von jährlich rund 15 Milliarden Euro zu Buche schlagen würde? Mehr als verdoppeln müsste Berlin seine derzeitigen Hilfsleistungen, wenn es das Ziel erreichen will, bis 2015 für die Schwächsten dieser Welt 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auszugeben.

Entwicklungshilfe

Millenniumsziel: 0,7 % des Bruttoinlandsprodukts sollen für die Entwicklungshilfe verwendet werden.



FR-InfoGrafik

Dabei kommt Deutschland die Rolle des Zugpferdes zu unter den Fußlahmen in der EU. „Ganz viele Entwicklungsländer setzen ihre Hoffnungen auf uns“, sagt Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wiecek-Zeul nach der jüngsten Tagung von Währungsfonds und Weltbank. Bisher jedoch drückt sich Deutschland auf den hinteren Plätzen. Bei 0,28 Prozent des Bruttoinlandsprodukts stagnierte die Entwicklungshilfe 2004. Damit liegt sie unter Rot-Grün nur minimal über dem historischen Tief von 1998 zum Ende der Ära Kohl. 1986 waren die Mittel schon mal auf 0,47 Prozent gestiegen – bevor sie nach der Wiedervereinigung in den Keller stürzten. Dort sind sie bisher nicht herausgekommen.

Für 2006 hat sich die Regierung nun 0,33 Prozent als Ziel gesetzt und dürfte diese Marke erreichen. Doch das könnte nur ein kurzfristiger Anstieg sein, der vor allem einmaligen Leistungen wie dem Schulden-erlass für Irak und der Tsunami-Hilfe zu verdanken ist. Und doch hat die Frage nach einer Renaissance der Entwicklungspolitik

einen realen Hintergrund. Denn die Bedingungen für ein stärkeres deutsches Engagement waren lange nicht mehr so günstig.

„Das Thema kommt zunehmend aus der Nische heraus“, glaubt nicht nur der grüne Entwicklungspolitiker Thilo Hoppe. Immerhin hat auch der Kanzler selbst mit Bekenntnissen zur deutschen Hilfsverpflichtung das Nischenthema als Chefsache erkannt. Anlässlich der Flut-Katastrophe in Asien und auch beim Weltwirtschaftsgipfel in Davos hörte man neue Töne Schröders zur „Ei-ne-Welt-Politik“. Offenbar hatte die Tsunami-Spendenbereitschaft den Kanzler belehrt, dass Hilfe trotz leerer Portemonnaies auf Zustimmung stößt. Zugleich half der internationale Druck nach. Für eine Regierung, die einen Sitz im Sicherheitsrat will, wäre es zu peinlich, wenn sie im September bei der Millenniums-Bilanz der UN wegen Planverfehlung auf der Anklagebank säße.

Schröder will deshalb schon vorher Fakten schaffen. Voraussichtlich Ende Mai soll das Kabinett nun einen Stufenplan beschließen, den Fachministerin Wiecek-Zeul

im Januar vorgeschlagen hatte. Danach soll 2010 die 5-Prozent-Marke erreicht sein und 2014 das 0,7-Ziel. Dieser Zeitplan würde es dem Kanzler auch ermöglichen, im Juli nicht mit leeren Händen zum G8-Gipfel nach Schottland zu reisen, wo Gastgeber Großbritannien das Thema Entwicklungspolitik ins Zentrum rücken will.

bleibt die zentrale Frage: Woher soll das Geld aus den leeren Staatskassen kommen? Im Kanzleramt berät dazu eine Arbeitsgruppe Finanzierungsinstrumente. Dabei geht es auch um die international diskutierte Idee, Entwicklungsgelder kurzfristig durch Internationale Finanzfazilität (IFF), durch Ausgabe von Wertpapieren, aufzustocken. Die müssten jedoch gegenfinanziert und später getilgt werden. Wie viel durch neue Geldquellen wie etwa eine Flugbenzin- oder Ticketsteuer erschlossen werden kann und wie viel doch aus dem normalen Etat kommen muss, das ist der Konflikt, der Kassenwarte wie Hans Eichel jetzt in den klassischen Clinch mit den Kollegen von der Außen- und Entwicklungspolitik gebracht hat.

und Uganda haben unter Beweis gestellt, dass sie Entwicklungsgelder effektiv und transparent einsetzen können. Es gilt nun, diese und weitere Länder, die solide Entwicklungsstrategien vorlegen und sich zu

zusammenarbeit würde ein Nachziehen der Vereinigten Staaten, Japans sowie anderer Geberländer im Vorfeld des September-Gipfels der Vereinten Nationen sehr wahrscheinlich machen. Deutschland ist der Schlüsselstein in diesem Mosaik. Aus diesem Grund muss die Ankündigung schnellstens in die Haushaltsplanung integriert werden.

Die angestrebte Erhöhung des Entwicklungshilfeetats ist notwendig, aber nicht ausreichend zum Erreichen der Millenniumsziele. Die Mittel müssen effizient und transparent eingesetzt sowie Missbrauch und Korruption vermieden werden. Dies ist machbar, da das weit verbreitete Klischee falsch ist, nach dem Regierungen besonders in Afrika zu korrupt und nicht in der Lage sind, Entwicklungshilfe erfolgreich zu verwenden. Länder wie zum Beispiel Äthiopien, Ghana, Mosambik, Senegal, Tansania

Schätzungen des Millennium-Projektes finanzieren lediglich 24 Prozent der bilateralen Entwicklungshilfe direkte Investitionen zum Erreichen der Millenniumsziele. Eine effizientere Entwicklungszusammenarbeit erfordert deutlich mehr Budgettransfers und weniger Projektfinanzierung sowie die Beseitigung von Restriktionen, die das Finanzieren von Gehältern für Ärzte und Lehrer sowie anderer laufender Kosten verhindern.

Zersplitterung der Hilfe beenden

Schließlich sollte eine gemeinsame Entwicklungsfinanzierung auf europäischer Ebene angestrebt werden, ähnlich wie bereits in der Handels- und Wettbewerbspolitik. Das europaweite Poolen von Mitteln würde die Zersplitterung in mehrere Dutzend Geldgeber beenden und die Effizienz der Entwicklungshilfe deutlich steigern. Auf diese Wei-

se kann Europa die internationale Führungsrolle übernehmen, die dem Volumen seiner Entwicklungshilfe entspräche.

Das Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs am 16. und 17. Juni bietet die Gelegenheit, einen gemeinsamen europäischen Fonds zum Erreichen der Millenniumsziele zu beschließen. Europa übernehme dadurch die weltweite Führungsrolle im Kampf gegen die Armut. Dafür werden Afrika und der Rest der Welt auf alle Zeit dankbar sein.

Die Bundesrepublik Deutschland wird besondere Anerkennung erhalten für ihren entscheidenden Anstoß zu einer europäischen 0,7-Lösung.

REDAKTION

politik@fr-aktuell.de; Tel. 069/2199-3953



Guido Schmidt-Traub ist Politikberater beim UN-Millenniums-Projekt, das UN-Generalsekretär Annan berät.

BILD: PRIVAT